

**Editorial – Thema der Woche****Montag, 23. Juni 2014**

Man darf gespannt sein, wann die Politik endlich begreift, dass die Selbstverwaltung (zumindest auf Bundesebene) im Grunde nicht in der Lage ist, das Gesundheitswesen mit Innovationsimpulsen voranzutreiben. Vor allem am Beispiel der elektronischen Gesundheitskarte und der telematischen Vernetzung wird die gegenseitige Blockadepolitik deutlich, mit der die großen Player der GKV-Selbstverwaltung konsequent und erfolgreich verhindern, dass der Tanker in Bewegung kommt. Und wenn die Politik schon den aufbruchswilligen Akteuren nicht glaubt, die seit Jahren die zum Teil existenzvernichtenden Erstickungs-Aktivitäten der Selbstverwaltungskräfte beklagen, dann mag sie vielleicht auf die Stimme der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hören, die am Freitag das Telematik-Debakel der Selbstverwaltung mit ein gewisser Verbitterung kommentierte: „Von den vielen Angeboten, mit denen vor elf Jahren für die Einführung der Karte geworben worden war, ist keines da: Notfalldaten, elektronisches Rezept, Arztbrief, Organspendeerklärung – Fehlanzeige.“ Das ist wahrlich eine Bankrotterklärung, die vor allem auch damit zu tun hat, dass Politik schon seit Jahren und aktuell augenscheinlich mit wachsender Begeisterung glaubt, gute Ideen einfach nur formulieren zu müssen, um sie dann den Kräften der GKV-Selbstverwaltung zur Umsetzung vor die Füße werfen zu können. Auch der Koalitionsvertrag und die ersten daraus resultierenden Gesetz belegen diese theoretisch erhoffte Arbeitsteilung eindrucksvoll.

Die Praxis allerdings sieht anders aus. Und genau das belegt seit zehn Jahren eindrucksvoll die Diskussion um die elektronische Gesundheitskarte. Von deren eigentlichem Mehrwert, der elektronischen Patientenakte, wagt man ja kaum noch zu sprechen, da nicht einmal das abgestimmte Arzneimittelmanagement funktioniert. Doch wenn Bundesgesundheitsminister Herrmann Gröhe jetzt mit den Folterwerkzeugen einer politischen Intervention rasselt, dann artikuliert sich zwar daraus ein gewisser Unmut darüber, dass nichts vorangeht (der hatte sich bereits bei Ulla Schmidt und Philipp Rösler artikuliert), es ist allerdings sehr fraglich, ob die Politik – erstens – genügend Mut und Willen aufbringt, dieser Verstimmung auch Taten folgen zu lassen und ob – zweitens – die von der Politik eventuell losgetretenen Aktivitäten dann überhaupt richtig und zielführend sind. Denn versorgungsferne zentrale Lösungsversuche führen in der Gesundheitspolitik in der Regel eher zu Bürokratie und Verweigerungsstrategien also zu echten Verbesserungen der tatsächlichen Versorgungssituation. Dies lehrt die nun auch schon zehnjährige Geschichte der Disease Management Programme.

Vollends unvorstellbar scheint aber in Deutschland und vor allem in der deutschen Gesundheitspolitik, dass die Akteure selbst auf gute Versorgungsideen kommen und damit der Politik sogar helfen, Innovationen *gegen* die unbewegliche Funktionärskaste ins Versorgungsgeschehen zu implementieren. Was es also statt eines Zwangsgesetzes „von oben“ geben müsste, wäre eine liberale Gesetzgebung und die entsprechenden Rahmenbedingungen, die den Akteuren an der Basis erlaubt, ihre jeweiligen Versorgungslösungen zu implementieren. Dann könnte die Politik diesem munteren Treiben interessiert zusehen und anschließend einzelnen Musterlösungen zum Standard verhelfen. Und nicht einmal das müsste politisch entschieden werden. Es könnte auch im SGB V festgehalten werden, dass positiv evaluierte selektivvertragliche Versorgungsansätze ein Recht haben, auf ihre Potentiale zur Übernahme in die Regelversorgung geprüft zu werden. Innovationen würden auf diese Weise von der Basis her angereizt und kämen – nach Bewährung – der Allgemeinheit zugute. Wenn aber Politik dem Selbstverwaltungs-Mikado erst zehn Jahre lang zusieht, um dann zu beschließen, es selbst zu machen, dann werden vermutlich weitere zehn Jahre ins Land gehen, bevor wir die unterschiedlichen Gewerke einer zielführenden Chronikertherapie digital miteinander vernetzt haben. Der Karren steckt offensichtlich noch nicht tief genug im Dreck.